

08.03.95

Antrag**des Freistaates Sachsen**

Jahreswirtschaftsbericht 1995 der Bundesregierung

Punkt 17 b der 681. Sitzung des Bundesrates am 10. März 1995

Der Bundesrat möge anstelle der Ziffern 1 bis 12 der Ausschlußempfehlungen in BR-Drucksache 61/1/95 wie folgt beschließen:

1. Der Bundesrat betont die Bedeutung des mit dem Solidarpakt zwischen Bund und Ländern erzielten gemeinsamen Kompromisses, der im wesentlichen darauf beruht, daß die Länder durch eine Erhöhung des Mehrwertsteueranteils in die Lage versetzt sind, den horizontalen Finanzausgleich für die nächsten zehn Jahre in der voraussichtlichen Höhe zu finanzieren und dem Bund dafür das Recht der Refinanzierung durch den Solidarzuschlag zugestanden haben. Diese Grundlage darf nicht in Frage gestellt oder gefährdet werden.
2. Bund und Länder haben sich bei der mittelfristigen Finanzplanung auf ein sehr geringfügiges reales Haushaltswachstum einzustellen. Mit immer intelligenterem Einsatz der Mittel ist das geringe Wachstum der Haushalte so auszugleichen, daß das geringe Wachstum nicht zum Nachteil der weiteren Entwicklung weder der westdeutschen noch der ostdeutschen Länder gerät. Der Bundesrat weist darauf hin, daß als Folge des horizontalen Finanzausgleichssystems die degressive Wirkung der Transferleistungen in dem Maße eintritt, in dem die Steuerkraft der ostdeutschen Länder wächst. Dies bedeutet, daß die ostdeutschen Länder im Zeitrahmen des Solidarpakts nur mit sehr geringfügigen realen Steigerungen ihrer Haushalte rechnen können, weil die Transferleistungen, die die Steuerschwäche ausgleichen, mit der wachsenden Steuerkraft größtenteils zurückgehen.

Ausgeliefert am 09. MRZ. 1995 ...

3. Der Bundesrat stellt fest, daß gesamtdeutsch im Bereich der Dienstleistungen von Kreditinstituten die unzureichende Bereitstellung von Risiko- und Eigenkapital als großes Defizit besteht. In besonderem Maß gilt dies für die einigungsbedingten Liquiditätsengpässe ostdeutscher Unternehmen. Als gemeinsame Leistung der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik und der beteiligten Institutionen müssen Formen gefunden werden, wie in den nächsten Jahren in sehr viel größerem Umfang als bisher eigene Kapitalbedürfnisse neu entstehender Unternehmungen finanziert werden können. Andernfalls wird der Strukturwandel, der sich mit der Öffnung der Staaten Mittel- und Osteuropas und dem verstärkten Eintreten von Ländern der asiatisch-pazifischen Sphäre in den Welthandel vollzieht, in Deutschland nicht geleistet werden können.
4. Die Fähigkeit der Wirtschaft, neue Arbeitsplätze zu schaffen, und die Erwerbsneigung der Bevölkerung fallen ganz offensichtlich auseinander. Vor diesem Hintergrund unterstreicht der Bundesrat die Notwendigkeit, sachbetont eine generelle Erörterung zu führen, wie die Nebenlasten des Arbeitsverhältnisses durch eine Reorganisation und Umgestaltung der Systeme, die diese Nebenkosten verursachen, d. h. insbesondere die Sozialsysteme, aber auch tarifvertraglicher Vereinbarungen, reduziert werden können.
5. Aufgrund unterschiedlicher Anpassungsleistungen, die von den Menschen verlangt werden, die in der gewerblichen Wirtschaft arbeiten und von denen, die im öffentlichen Bereich arbeiten, betont der Bundesrat, daß die - auch vom Jahreswirtschaftsbericht und vom Sachverständigengutachten angesprochenen - tiefgreifenden Strukturveränderungen und Strukturreformen in der Wirtschaft nur dann geleistet werden können, wenn sich auch die öffentliche Verwaltung einer entsprechenden Strukturreform und -veränderung unterzieht.
6. Der Bundesrat regt an, in das nächste Sachverständigengutachten und den nächsten Jahreswirtschaftsbericht Ausführungen über die mittelfristigen Folgen der demographischen Veränderungen in Deutschland und des Eintretens der Staaten Mittel- und Osteuropas und der Schwellenländer in den europäischen Markt aufzunehmen. Zusammenhänge zwischen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Akzeptanz der Politik müssen frühzeitig ausreichend erläutert und diskutiert werden, damit sich ein entsprechender Konsens für die Fortführung einer marktwirtschaftlichen Politik sicherstellen läßt.